



**Unsere Zukunft
mitgestalten**

**PROGRAMM DER
AfD Bielefeld
ZUR KOMMUNALWAHL
2025**

	Vorwort	2
1.	Migration und Gesellschaft	4
2.	Sicherheit und Ordnung	8
3.	Soziales, Familie und Gesundheit	12
4.	Arbeit, Wirtschaft und Finanzen	17
5.	Energie und Umwelt	21
6.	Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	25
7.	Schule, Kultur und Sport	31



Liebe Bielefelderinnen und Bielefelder,

bei der Kommunalwahl 2020 wurde die AfD erstmals auch in Bielefeld in kommunale Gremien gewählt: Im Rat vertreten mein Kollege Maximilian Kneller und ich die Interessen all jener Bürger Bielefelds, die endlich wieder in einer Stadt leben möchten, in der Sicherheit herrscht, in der man ohne Hindernisse von A nach B kommt, in der städtische Leistungen und Institutionen für unsere Bürgerinnen und Bürger da sind. In den Ausschüssen des Rates wurden wir dabei von fleißigen sachkundigen Bürgern unserer Partei unterstützt und repräsentiert. In den Bezirksvertretungen Mitte, Schildesche, Jöllenbeck, Stieghorst, Sennestadt und Brackwede sitzen engagierte AfD-Mandatsträger, die sich seit mittlerweile 5 Jahren für die Interessen der Anwohner vor Ort einsetzen. Wir alle haben in dieser Zeit keine Mühen gescheut, auch gegen die Widerstände oftmals aller anderen Parteien zu versuchen, unsere Inhalte durchzusetzen: So haben wir im Rat und in seinen Ausschüssen über 35 Anfragen und über 25 Anträge gestellt (Tendenz steigend, während ich dies verfasse). In den meisten Fällen wurden wir dabei von den real existierenden Mehrheiten ausgebremsst; übrigens auch mit Hilfe von CDU und FDP, die sich von uns politisch ebenso abgrenzen wie die linken Parteien, und die unsere Anträge auch stets abgelehnt haben – manchmal wider jede Vernunft und ganz ohne Begründung.

Und doch waren diese Bemühungen alles andere als sinnlos: Unsere Anfragen haben mehr als einmal Missstände offengelegt. Seien es das sogar bundesweit als Steuerverschwendung ungeheuren Ausmaßes bekannt gewordene, teure „Fahrrad-Werbefilmchen“ der Stadtverwaltung und dazugehörige Veranstaltungen, sei es die dem Neutralitätsgrundsatz widersprechende Auslage von „Bündnis gegen rechts“-Flyern in öffentlichen Gebäuden: Unsere Anfragen entlarvten Verfehlungen und setzten Themen auf die Tagesordnung, die sonst nie diskutiert oder problematisiert worden wären. Mit unseren Anträgen haben wir deutlich gemacht, dass wir entgegen allen anderslautenden Anwürfen aus Politik und SPD-eigener Tageszeitung immer zur Sacharbeit bereit waren und sind, dass wir politische Alternativen aufzuzeigen gewillt sind – wie es der Name unserer Partei verspricht.

Unsere inhaltlichen Alternativen deutlich und bekannt zu machen, war dabei weiß Gott nicht immer einfach: Faire mediale Berichterstattung über unsere kommunalpolitischen Initiativen haben wir in Bielefeld in der Regel ebenso wenig zu erwarten wie auf Landes- oder Bundesebene. Die dominierenden Bielefelder Medien senden uns gerne Presseanfragen, wenn sie die Möglichkeit einer Skandalmeldung wittern – senden wir ihnen aber Pressemitteilungen über unsere inhaltlichen Positionierungen und Vorstöße, wird das in der Regel einfach nicht veröffentlicht und totgeschwiegen. Wir haben daher als Ratsgruppe in den letzten Jahren auf die Mittel zurückgegriffen, die auch andernorts oft geholfen haben, die patriotische Gegenöffentlichkeit zu schaffen und zu gewährleisten: So haben wir unsere eigene kleine Monatszeitung, die Blaue Fahne, ins Leben gerufen, über die wir inzwischen schon seit einigen Jahren unsere

Leserinnen und Leser über alternative Politik im Rat informieren, gelegentlich auch als Postwurf-Sendung. Auch in den sozialen Medien sind wir von Beginn an kontinuierlich präsent: Wer sich über unsere Arbeit informieren will, kann das auf unserer Facebook-Seite, unserer Instagram-Seite und natürlich unserer Netzseite www.afd-bielefeld.de tun und findet dort stets aktuelle Meldungen. Das Totschweigen der Altmedien und ihre Diskreditierungsversuche uns gegenüber gelingen immer weniger – das wird sich auch in diesem Herbst wieder zeigen. Die Tatsache, dass Sie jetzt gerade, in diesem Moment, diese Zeilen lesen, ist ein weiteres Indiz dafür.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sie alle wissen, vermutlich selbst aus leidvoller Erfahrung: Es gibt in Bielefeld viel zu tun. Die Sicherheitslage in unserer Stadt verschlechtert sich von Tag zu Tag. Das betrifft einerseits „konventionelle“ Kriminalität wie etwa jene rund um Drogenszene an „Tüte“ und Kesselbrink, Raub, Diebstahl und Körperverletzung. Das betrifft andererseits aber eben auch die „importierte Kriminalität“, die von Ausländern und Asylmigranten ausgeht. Vor nicht allzu langer Zeit gab es in Bielefeld sogar den ersten, mutmaßlich mit dem IS in Verbindung stehenden islamistischen Terroranschlag. Dem „Bündnis gegen rechts“ fiel danach allen Ernstes nichts Besseres ein, als erneut „gegen rechts“ zu demonstrieren, findet dabei aber logischerweise immer weniger Anhänger. Das zeigt: Immer mehr Bielefelderinnen und Bielefelder haben verstanden, wo die eigentlichen Gefahren für Leib und Leben liegen. Und: Immer mehr Menschen haben verstanden, dass die Altparteien, die in den letzten Jahrzehnten auch in Bielefeld in verschiedensten Konstellationen das Sagen hatten und haben, hierfür keine Lösungen zu bieten haben. Und ja: Das betrifft nicht nur die linken Parteien, sondern nicht zuletzt auch CDU und FDP!

Im Gegenteil: Sie verschlimmern die Situation, indem sie Drogenszenen anlocken, die Innenstadt verwahrlosen lassen und das Problem kleinreden. Sie erschweren mit ihrer Politik die Mobilität der Bürger und führen uns mitten in die Haushaltskrise, weil für Maßnahmen „gegen rechts“ und die vermeintliche Integration von oftmals Nicht-Integrierbaren massenhaft Geld aufgewendet wird, während der gesetzestreue Normalbürger das Nachsehen hat.

Liebe Bürgerinnen und Bürger: Die einzige Partei, die sich glaubwürdig gegen diese Zustände wendet, die glaubwürdig für Sicherheit und Ordnung, Mobilität und Identität eintritt, ist die AfD. Daher bitten wir bei der Wahl am 14. September dreimal um Ihre Stimme: Bei der Wahl des Oberbürgermeisters, bei der Wahl des Stadtrates und bei der Wahl der Bezirksvertretungen.

Wählen Sie nicht das Problem, wählen Sie die Lösung.



Es grüßt Sie herzlich

Dr. Florian Sander

Kreisvorsitzender und Oberbürgermeisterkandidat der AfD Bielefeld

1. Migration und Gesellschaft



Die Gesellschafts- und Migrationspolitik ist eine jener politischen „Baustellen“, auf denen die AfD als konservative Kraft am dringendsten gebraucht wird. Dies gilt nicht nur für unser Land als Ganzes, sondern gerade auch für Bielefeld, wo offene und latente linke Mehrheiten seit Jahren gezielt daran arbeiten, Bielefeld zur „Zuwanderungsstadt“ zu transformieren, insbesondere seit der rechtswidrigen Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Merkel im Jahre 2015. Dem stellen wir uns auch hier vor Ort entschieden entgegen: Die Aufnahmekapazitäten unserer Bielefelder Stadtgesellschaft sind in jeder Hinsicht erschöpft.

Im Feld der (Asyl-)Migration vertreten wir daher folgende Positionen:

1.1 Rückführung statt Duldung – Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen ausreisen oder abgeschoben werden

Wir wollen keine Einwanderung durch die Hintertür der Duldung und keine nachträgliche Legalisierung von illegaler Einreise. Eine missbräuchliche Kettenduldung, an deren Ende eine Aufenthaltserlaubnis steht, lehnen wir ab. Das Aufenthaltsgesetz muss konsequent angewendet werden. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen zurückgeführt werden.

Wir stehen daher für konsequente Abschiebung und generalpräventive Ausweisung sowohl dort, wo es rechtlich geboten ist, als auch dort, wo ein individueller Ermessensspielraum vorliegt, insbesondere natürlich bei kriminellen Ausländern. Wir hinterfragen konsequent vermeintliche, seitens der Verwaltung gerne postulierte Abschiebungshindernisse und thematisieren fehlenden Rechtsdurchsetzungswillen.

Wir fordern die umfassende Überwachung von ausreisepflichtigen, aber sich noch in unserer Kommune aufhaltenden Ausländern. In diesem Fall geht die Sicherheit ganz klar vor.

1.2 Unrechtmäßig erlangte Einbürgerung konsequent entziehen

Unrechtmäßig erlangte Einbürgerungen sind von der kommunalen Staatsangehörigkeitsbehörde bei einem hinreichenden Tatverdacht konsequent zu entziehen, insbesondere bei Islamisten bzw. Salafisten. Der kommunale Ordnungsdienst und der polizeiliche Staats-

schutz melden insoweit Verdachtsmomente unverzüglich der Staatsangehörigkeitsbehörde zwecks Rücknahme solcher Einbürgerungen.

1.3 Abbau der ausufernden Sozialindustrie

Die in den letzten Jahren immer weiter angewachsene Sozialindustrie, die gezielt versucht, Abschiebungshindernisse zu konstruieren und zu legitimieren, da sie von der Asylummigration selbst finanziell profitiert, muss endlich wieder auf ein gesundes Maß zurückgefahren werden. Die sozialen Sicherungssysteme in unserem Land und in unserer Stadt haben primär den deutschen Staatsbürgern zu dienen.

1.4 Keine Integration bei Asylummigration

Wir wollen auch jene, die in unserer Stadt rechtmäßig Asyl genießen, bewusst nicht dauerhaft „integrieren“, da Asyl ein zeitlich befristeter Status ist, der zu enden hat, wenn der Asylgrund erlischt. Wo „integriert“ wird, da geschieht das hingegen mit der Perspektive der Dauerhaftigkeit. Diese liegt hier nicht vor und darf hier auch nicht vorliegen.

1.5 Die Bürger dürfen nicht übergangen werden

In einer demokratischen Stadtgesellschaft sollten die Bürger über die Ausgestaltung ihres Wohnviertels mitbestimmen können. Das gilt insbesondere bei potenziellen, tiefgreifenden sozialstrukturellen Veränderungen. Die Unterbringung von Asylummigranten in reinen Wohnsiedlungen und gegen den Willen von Anwohnern lehnen wir da- her grundsätzlich ab.

1.6 Integrationsrat durch Integrationsausschuss ersetzen

Integration ist eine Bringschuld und muss zu den Bedingungen der Mehrheitsgesellschaft stattfinden. Der Integrationsrat wird überwiegend mit Einwanderern besetzt. Deutsche dürfen weder wählen noch gewählt werden. Die AfD sieht daher keinen Nutzen in der Tätigkeit des Integrationsrates in der jetzigen Form und strebt dessen Abschaffung an.

1.7 Kommunales Integrationszentrum abschaffen

In immer stärkerem Maße wird deutlich, wie unsere Stadt erneut in eine Haushaltskrise schlittert. Dies ist vor allem auch auf bundespolitische Verfehlungen (Corona-Maßnahmen, Energiepolitik, Inflation) zurückzuführen, aber nicht nur: Teile der kommunalen Verwaltung wie vor allem das Kommunale Integrationszentrum (KIZ) stehen für Maßnahmen, die keine positiven Effekte haben, sondern linksideologische Ziele verfolgen. So fördert das KIZ etwa gezielt Indoktrinationsveranstaltungen gegen die politische Opposition. Wir sagen: Das ist nicht Aufgabe der Stadt – und Integration ist die primäre Aufgabe des Zuwanderers, nicht der Kommune. Das KIZ ist daher ersatzlos abzuschaffen.



1.8 Bezahlkarten und Sachleistungsbezug einführen

Wir werden die landesrechtliche Möglichkeit zur Einführung der Bezahlkarte umsetzen. Wo immer mit vertretbarem Aufwand möglich, werden wir allerdings den Sachleistungsbezug der Nutzungsmöglichkeit der Bezahlkarte vorziehen. Die Möglichkeit des Bargeldbezugs mit der Bezahlkarte werden wir so weit wie möglich einschränken. Ebenso werden wir uns für eine Bekämpfung des Missbrauchs einsetzen. Hierbei geht es aktuell insbesondere um die SEPA-Funktion und den Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld, beispielsweise auch in Parteibüros der Grünen. Hohe Geldleistungen haben in der Vergangenheit zu oft Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts gegeben.

1.9 Keine Gesundheitskarten für Asylbewerber

Gesundheitskarten für Asylbewerber bringen keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen lediglich die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern. Deshalb muss grundsätzlich wieder das Behandlungsbewilligungsverfahren gelten. Eine weitere finanzielle Belastung der Kommunen zum Vorteil der Asylbewerber und zum Nachteil der Steuerzahler muss unterbunden werden.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Migration und breiteren gesellschaftspolitischen Fragen, so vor allem bei dem Umgang mit Religionen. Auch dazu haben wir klare Standpunkte:

1.10 Keine Ganzkörperverhüllung in der Öffentlichkeit

Es gibt im öffentlichen Miteinander der abendländischen Kultur ein Recht darauf, seine Mitmenschen als solche wahrnehmen zu können. Nur so ist eine freie Gesellschaft, von der die Altparteien dauernd reden, die sie aber letztlich mit Füßen treten, gewährleistet. Religiös begründete Ganzkörperverhüllung in der Öffentlichkeit lehnen wir daher strikt ab.

1.11 Stadt muss weltanschauliche Neutralität gewährleisten

Es darf keine Zusammenarbeit von Vertretern der Stadt mit islamistischen und (wirklich) extremistischen Kräften im Rahmen von Demonstrationen oder anderen politischen Veranstaltungen geben. Dieser Kernforderung, die eigentlich für alle (wirklich) demokratischen Kräfte eine Selbstverständlichkeit sein sollte, gilt es endlich wieder zur Umsetzung zu verhelfen.



1.12 Den Bau von Minaretten lehnen wir grundsätzlich ab

Jede Gesellschaft und eben auch jede Kommune hat ein Recht, ihre eigene kulturelle Identität zu bewahren und davor zu schützen, infolge migrationsbasierter und auch demografischer Veränderungen immer weiter zurückgedrängt zu werden. Dies manifestiert sich auch im Stadtbild, welches Minarette allzu nachhaltig verändern. Doch für uns ist klar: Der Islam gehört nicht zu Deutschland.

2. Sicherheit und Ordnung



Eine lebenswerte Kommune zeichnet sich zu allererst dadurch aus, dass ihre Bürger in ihr sicher leben können. Doch auch in diesem Bereich hat der Staat in den letzten Jahren mehr und mehr versagt: Besonders in Großstädten nehmen soziale Brennpunkte und „Problemviertel“ immer mehr zu. Auch Bielefeld bildet hier leider keine Ausnahme. Trotz statistischer Schönrechnerei, die auch durch die zahlreichen ländlichen Vororte unserer Stadt zustande kommt, die die Kriminalität etwa in der Innenstadt statistisch wieder „abfedern“, gibt es auch in Bielefeld Orte, an denen man als Bürger nicht sicher ist.

Wir fordern daher:

2.1 Mehr Polizeipräsenz, besonders an sozialen Brennpunkten

Polizeiverwaltung ist zwar Landessache, aber auch die Kommunen haben über Polizeibeiräte und Kooperationsvereinbarungen Einfluss auf polizeiliche Fragen. Hier wollen wir maßgeblich auf mehr sichtbare Polizeipräsenz (u. a. in Form mobiler Wachen) und auch auf mehr Präsenz des Ordnungsamtes an problematischen Orten wie etwa dem Jahnplatz, dem Hauptbahnhof, dem Neuen Bahnhofsviertel, dem Ostmannturmviertel, der „Tüte“ oder dem Kesselbrink hinwirken. Recht und Ordnung müssen konsequent durchgesetzt werden. Null Toleranz für Kriminalität – weder für Gewalt- und Eigentums- noch für Drogendelikte!

2.2 Sicherheitskräfte im ÖPNV verstärken

Bereits jetzt kommen im öffentlichen Nahverkehr in Bielefeld private Sicherheitsdienste zum Einsatz. Deren Personal sollte zahlenmäßig weiter verstärkt werden, insbesondere abends/nachts und am Wochenende, in Bussen, Bahnen und an gefährdeten Haltestellen.

2.3 Städtebauliche Kriminalprävention und soziale Kontrolle ausbauen

Der Aspekt der sozialen Kontrolle darf nicht vernachlässigt werden: Viele Orte werden schon sicherer, wenn sie besser einsehbar sind, heller und stärker frequentiert durch aufmerksame Passanten. In der Stadtentwicklungspolitik ist daher darauf zu achten, öffentliche Orte gut einsehbar und nachts gut beleuchtet zu halten.



2.4 Ein sicheres Zuhause – weniger Einbrüche durch gute Nachbarschaften

Gute Nachbarschaften können einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Einbrüchen leisten. Die rasche Meldung verdächtiger Aktivitäten an die nächste Polizeidienststelle und deren Erscheinen vor Ort erreicht auch bei noch nicht ausgeführter Tat einen Abschreckungseffekt. Wir werden uns für entsprechende Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung und deren Einbindung in die Kriminalprävention einsetzen.

2.5 Pragmatischer Umgang mit Videoüberwachung

Insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten und an Orten, die nicht 24 Stunden am Tag von Sicherheitspersonal oder Polizei geschützt werden können – wie etwa U-Bahn-Haltestellen, Fahrstühle etc. – ist Videoüberwachung eine gebotene Maßnahme. Gleichwohl kann Videoüberwachung nur eine Maßnahme sein, die mehr Polizeipräsenz ergänzt, sie aber nicht ersetzt.

2.6 Kein falsches Sparen bei der Prävention

Auch die Prävention darf bei sicherheitspolitischen Erwägungen nicht zu kurz kommen. Falsche Sparpolitik etwa bei der Drogenberatung, der Familienberatung, der sozialen Stadtteilarbeit und ähnlichen wichtigen präventiven Instrumenten lehnen wir ab. Die sozialen Strukturen der Stadt müssen erhalten werden, wenn die Kriminalität nicht zunehmen soll. Die Arbeit der Drogenberatung ist jedoch stets dem Credo „Weg von den Drogen!“ unterzuordnen. Wir wollen keine städtische Förderung des Status Quo!



2.7 Für ein Alkoholverbot an Drogenszene-Schwerpunkten

Zwar werden durch Drogenszenen auch weitaus härtere, illegale Drogen konsumiert, allerdings vermag ein Alkoholverbot an entsprechenden Punkten, wie etwa der „Tüte“ (U-Bahn-Zugang Hauptbahnhof), durchaus indirekte Verschiebeeffekte zu erzeugen. Zugleich lässt sich dadurch Pöbeleien und anderen alkoholbedingten Exzessen mittelbar entgegenwirken. Aber: Es muss dann auch konsequent Anwendung finden und durchgesetzt werden!

2.8 Crack gehört nicht in unsere Stadt

In deutsche Großstädte hat mit Crack eine weitere Droge Einzug gehalten. Auch in Bielefeld ist diese Entwicklung sichtbar. Die Auswirkungen der Droge vergrößern nicht nur die entsprechende Szene, sondern beinhalten auch zunehmende Aggressivität, was das Kriminalitätsrisiko zunehmend erhöht. Hier reichen präventive Gegenmaßnahmen folglich nicht aus. Wo Abhängige zu einer Gefahr für die Allgemeinheit werden, müssen auch repressive Maßnahmen greifen. Polizei und Ordnungsamt müssen an einschlägigen Orten massive, regelmäßige Präsenz zeigen, um Straftaten von vornherein zu verhindern. Von der Verwaltung fordern wir ein umfassendes Konzept, das darlegt, wie die Verbreitung der Droge Crack in unserer Stadt wirkungsvoll bekämpft werden soll.



2.9 Konsequenz gegen illegales Sprayen

Illegales Sprayen und Graffiti wird von linken Kräften gerne als Ausdruck jugendlich-rebellischer Kreativität verharmlost. Tatsächlich jedoch ist es nichts anderes als Sachbeschädigung, die teils hohe Reinigungskosten nach sich zieht. Wir setzen uns daher für ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Sprayer ein.

2.10 Wir wollen ein sauberes Bielefeld

Zu einem ansprechenden Stadtbild und zu einer Kommune, in der man gern lebt, gehört auch Sauberkeit. Bielefelds Bezirke und Viertel dürfen nicht zu verdreckten und zugemüllten Zonen verkommen. Die Stadtverwaltung muss dieses Ziel engagierter verfolgen.

2.11 Mehr Schutz für öffentlich Bedienstete

Der Respekt gegenüber Staatsdienern und die Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis sind in den letzten Jahren stark gesunken. Beschäftigte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen deutlich besser geschützt werden. Die AfD fordert eine strenge Bestrafung der Täter.

2.12 Waffenverbotszonen sind Scheinlösungen

Die Einrichtung von Waffenverbotszonen lehnen wir ab, da mit ihnen das eigentliche Problem – nämlich die Gruppe der Täter, welche die Waffen benutzen – nur verschleiert werden soll. Personen, die vorhaben, Verbrechen zu begehen, werden sich davon nicht durch die Verhängung von Waffenverbotszonen abbringen lassen. Faktisch schränken diese gesetzestreue Bürger in ihrer Freiheit ein, nehmen ihnen die Möglichkeiten der Selbstverteidigung und suggerieren ein täuschendes Gefühl der Sicherheit. Die Begehung einer Straftat geht letztlich immer von Menschen aus, nicht von Gegenständen.

3. Soziales, Familie und Gesundheit



Wir wollen die von der Kommune bereitgestellten sozialen Netze bewahren – auch in Zeiten knapper Kassen. Finanzielle Krisen dürfen nicht zu Lasten der sozial Schwächeren gehen. Aber: Auch die kommunalen sozialen Netze dienen nicht der Weltbeglückung, sondern den Bielefeldern. Deutsche Staatsbürgerschaft ist nicht umsonst ein wertvolles Privileg. Zugleich muss Bielefeld familien- und kinderfreundlicher werden. Es ist eine der zentralsten politischen Aufgaben, auch in Zukunft die Existenz des deutschen Volkes sicherzustellen – nicht nur, aber auch aus demografischen Gründen. Dies gilt ausdrücklich auch auf kommunaler Ebene. Die Kommune sollte Deutschen, die Kinder bekommen, nicht noch Steine in den Weg legen, sondern ihr Bestes tun, um hierfür Anreize zu schaffen.

Unsere sozial-, familien- und gesundheitspolitischen Positionen für Bielefeld:

3.1 Gesellschaftliche Teilhabe von Senioren

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe der Senioren gewährleisten und Altersarmut und deren Auswirkungen auch kommunal bekämpfen. Wir möchten – z. B. über entsprechende kommunale Leistungsverträge mit Wohlfahrtsverbänden – das Aktivitäten-Angebot für Senioren fördern, ebenso wie entsprechende Vereinsaktivitäten. Wir wollen außerdem die Mobilität von Senioren stärken und treten für ein vergünstigtes Seniorenticket für den ÖPNV ein. Rentner und Pensionäre sollten diesen umsonst nutzen dürfen.

3.2 Freie Fahrt für Kinder im öffentlichen Nahverkehr

Die AfD will Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport fördern so- wie deren Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander sichern. Familien stehen oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen. Wir fordern daher, Kinder im Alter von bis zu 12 Jahren von den Fahrtkosten im öffentlichen Nahverkehr freizustellen.

3.3 Altersgerechte Wohnkonzepte lindern Pflegenotstand

Die demografische Falle schlägt doppelt zu. Immer mehr pflegebedürftigen Menschen stehen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüber. Die AfD fordert deshalb, das Konzept der häuslichen Pflege zu stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger zu fördern. Es sind ausreichend altersgerechte Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Nicht-gewinnorientierte, ambulante Pflegedienste sind auszubauen. Menschenwürdige Bedingungen in Alters- und Pflegeheimen sowie in Hospizen sind auch von kommunaler Seite aus zu gewährleisten.

3.4 Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Die explizit nicht-schulische, architektonische Inklusion sehen wir positiv. Wir wollen in unserer Stadt darauf hinwirken, dass behinderten Menschen keine vermeidbaren Barrieren in den Weg gelegt werden und sie ihr Leben soweit es geht selbst gestalten können. Wir erwarten die vollumfängliche Beteiligung des Behindertenbeirates an der Stadtgestaltung, um bauliche Barrierefreiheit sicherzustellen. Barrierefreie Zugänge zum öffentlichen Nahverkehr sind weiterhin auszubauen. Wir wollen außerdem Selbsthilfegruppen fördern, denn diese stellen wichtige soziale Instanzen zur persönlichen Bewältigung gesundheitlicher Herausforderungen dar.

3.5 Gesellschaftliche Teilhabe der sozial Schwachen

Die Belange sozial schlechter gestellter Menschen dürfen auch in Zeiten knapper Kassen nicht zu kurz kommen. Wir möchten daher präventive Hilfsangebote wie Drogen- und auch Schuldenberatung erhalten – die sie dürfen keiner falschen Sparpolitik zum Opfer fallen. Wir wollen die Mobilität sozial Schwacher z. B. im Rahmen des ÖPNV gewährleisten und befürworten das Sozialticket (Bi-Pass).

3.6 Primat der Staatsbürgerschaft auch an Bielefelder Tafel

Angebote wie die Bielefelder Tafel sind zu fördern. Aber auch hier gilt: Die Tafeln dienen explizit der Unterstützung sozial schwacher deutscher Staatsbürger – und dürfen nicht von oben zu einem Instrumentarium der gescheiterten Asylmigrationspolitik umfunktioni- niert werden.

3.7 Flexible Ganztagsbetreuung

Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie auch Halbtags- und Ganztags- schulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

3.8 Die AfD fordert ein familienfreundliches Bielefeld

Sämtliche Leistungen und Verwaltungsabläufe sollten systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden. Es muss das Ziel der Kommune sein, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich insbesondere Familien gut entwickeln können und Paaren die Entscheidung für Kinder leichter gemacht wird. Digitale und dezentrale Angebote sowie familienfreundliche Öffnungszeiten – gerade auch in den Bezirken – sollen die Verwaltung für Berufstätige, Familien und Senioren leichter zugänglich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert wird.



3.9 Bezahlbarer Wohnraum für alle Bürger

Wir wollen die Wohnungsnot bekämpfen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit kleinem Einkommen Mieten in Höhe von 40% und mehr ihres Nettoeinkommens zu entrichten haben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird, bevorzugen hierbei die Förderung von Genossenschaften und wollen damit die Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürger ausbauen. Zugleich gilt es, die Benachteiligung von Deutschen am Wohnungsmarkt zu beenden: Der soziale Wohnungsbau darf nicht zur Unterbringung von Asylmigranten missbraucht werden – deutsche Staatsbürger haben Vorrang.

3.10 Multigenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt

Die AfD setzt sich zum Ziel, durch bezahlbaren Wohnraum junge Familien, Studenten und Senioren näher zusammenzubringen. Dies wirkt der Einsamkeit im Alter entgegen und lässt rüstigen Menschen durch Betreuung von Kindern und Hilfe bei Hausaufgaben sich weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft begreifen. Ein weiterer Vorteil ist die Förderung von Respekt vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung, die jungen Menschen dadurch mit auf den Weg gegeben wird.

3.11 Die Familie ist die primäre Sozialisationsinstanz und soll es auch bleiben

Kindererziehung ist – grundgesetzlich verbrieft – Sache der Familie. Die U3-Betreuung sehen wir grundsätzlich kritisch; eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss aber möglich sein. Hier muss die Kinderbetreuung ansetzen und gegebenenfalls ausgebaut werden. Indoktrination im Kindergarten lehnen wir strikt ab – der Beutelsbacher Konsens, der für Schulen Gültigkeit hat und mit dem diese sich zur Neutralität verpflichtet haben, muss auch für die Kinderbetreuung gelten!

3.12 Bielefeld als Vorreiter der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die kommunale Verwaltung und ihre Behörden sollen durch Telearbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können. Dazu zählen auch das Angebot von Teilzeitausbildungen für junge Eltern und gute (Wieder-) Einstiegsmöglichkeiten nach der Elternzeit. Die Kommune als Arbeitgeber soll Vorbild in familienfreundlicher Personalpolitik sein.

3.13 Kinderarmut und jugendliche Perspektivlosigkeit wirksam bekämpfen

Wir wollen Armut bei Kindern und ihre Auswirkungen bekämpfen und allen Kindern und Jugendlichen ein glückliches Aufwachsen mit guten Zukunftsperspektiven in unserer Stadt ermöglichen. Konkret bedeutet dies u. a. den Erhalt von Freizeit- und Jugendzentren auch in Zeiten knapper Kassen, die Stärkung von Vereinen, die wichtige Kinder- und Jugendarbeit betreiben und die Bewahrung und den Ausbau der Schulsozialarbeit und schulpsychologischen Diensten sowie von Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Gleichwohl gilt stets: Deren Arbeit muss der Zielsetzung „Hilfe zur Selbsthilfe“ folgen – und institutionelle Abhängigkeitsverhältnisse und „sozialindustriellen Wildwuchs“ wie im Bereich der Asylmigration vermeiden.

3.14 Bessere Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Entlohnung für Pflege- und Krankenhauspersonal

Die AfD fordert, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.

3.15 Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Die Krankenhausversorgung muss überwiegend eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Wir wollen aber nicht nur die Krankenhäuser vor Ort erhalten, sondern auch die Hausarztpraxen im ländlichen Raum. Nur dadurch kann eine zeitnahe Akutversorgung erfolgen. Gleiches gilt für die Erreichbarkeit von Geburtshilfestationen, Kinderkliniken und Hebammenversorgung. Um die Hausarztpraxen im ländlichen Bereich zu erhalten und zu entlasten, befürworten wir bei Neugründung oder Praxisübernahme eine finanzielle Förderung durch die Kommune.



3.16 Corona-Maßnahmen aufarbeiten

Die Missstände zu Zeiten der städtischen Corona-Maßnahmen müssen aufgearbeitet werden. Folgeschwere Fehler im Rahmen der kommunalen Coronapolitik – Impfbusse vor Schulen, Impfkampagnen gegenüber Minderjährigen, Kita- und Schulschließungen und erheblicher Druck auf Ungeimpfte – haben zu einer beträchtlichen Spaltung der Stadtgesellschaft geführt. Viele Geimpfte leiden noch heute unter schwersten physiologischen Schäden. Kinder und Jugendliche wurden im Zuge der Maßnahmen massiv in ihrer psychischen Entwicklung beeinträchtigt. Die Entscheidungsträger dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für diese Missstände entlassen werden.

4. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen



Auch eine Kommune kann und muss ihren Anteil dazu beitragen, so viele ihrer Bürger wie möglich in Arbeit zu bringen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dies reibungslos erfolgen kann. Wir wollen dabei insbesondere Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit in Bielefeld entgegenwirken und den arbeitssuchenden Menschen in unserer Stadt wieder eine Perspektive geben. Gute Arbeit ist eine zentrale Grundlage für die Zufriedenheit und die soziale Einbettung des Menschen. Dabei darf auch die Stadt ihr Engagement für gute Arbeitsbedingungen nicht vernachlässigen.

Ebenso wichtig für einen gesunden Arbeitsmarkt ist dabei aber auch eine gute Wirtschaftslage der Stadt. Eine verantwortliche Kommunalpolitik muss stets auf eine solche hinwirken – gerade auch hinsichtlich ihrer Haushalts- und ihrer Steuerpolitik. Mit Blick auf die in den letzten Jahren weiter angewachsene Abgabenlast setzen wir uns für eine stärkere Entlastung der Bürger ein.

Im Folgenden lesen Sie unsere arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen sowie unsere haushalts- und finanzpolitischen Forderungen:

4.1 **Arbeitsvermittlung muss auf Augenhöhe erfolgen**

In diesem Rahmen treten wir für eine Arbeitsvermittlung ein, welche die Würde des Menschen respektiert und Arbeitssuchende als Mitbürger auf Augenhöhe behandelt. Zugleich ist die Sicherheit und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter zu gewährleisten.

4.2 Weiterbildungseinrichtungen fördern, aber ohne Zweckentfremdung

Die Kommunen sind aus unserer Sicht auch in Zukunft noch dort gefragt, wo spezielle lokale Einrichtungen Menschen in Form von (Weiter-) Bildung und Beschäftigung für den Arbeitsmarkt fit machen. Diese sind von der Kommune – unter der Bedingung einer jährlichen Evaluation in Hinsicht auf die Ergebnisse – zu fördern. Hierbei darf es jedoch keine Zweckentfremdung von Fördergeldern geben: Es gilt der Grundsatz der Zweckgebundenheit an bestimmte Projekte.

4.3 Niedriglohnsektor zurückfahren, zum bewährten alten Arbeitsversicherungssystem zurückkehren

Die Kommune muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein Zurückfahren des Niedriglohnsektors eintreten, der auch in Bielefeld ein Problem darstellt. Zugleich erwarten wir von der Kommune, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Städtetag dafür einzusetzen, zum bewährten System von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zurückzukehren. Bis zur Erreichung dieses Fernziels können aus unserer Sicht Bürgergeld-Empfänger auch für zumutbare Arbeiten für das kommunale Gemeinwesen herangezogen werden.

4.4 Gleiche und gerechte Entlohnung

Erbrachte Leistung soll gerecht entlohnt werden. Städtische Mitarbeiter dürfen im Vergleich zu Mitarbeitern von Bundes- oder Landeseinrichtungen bei gleicher Tätigkeit nicht finanziell benachteiligt werden.

4.5 Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Entwicklung

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Entwicklung und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren. Wir treten ferner für den Ausbau von Gewerbeflächen ein, sofern diesem im jeweiligen Fall keine sozialen oder ökologischen Erwägungen entgegenstehen.

4.6 Heimat stärken – Handwerk fördern

Das Handwerk ist das Herz unserer Heimat! Die AfD kämpft für die Entlastung unserer regionalen Betriebe: Weniger Bürokratie, nach Möglichkeit steuerliche Erleichterungen und echte Wertschätzung für Ausbilder und Meister. Handwerksbetriebe sichern Tradition, Wohlstand und Zukunft. Wer unsere Heimat bewahren will, muss das Handwerk stärken – wir treten entschlossen dafür ein.

4.7 Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.

4.8 Innenstadt entwickeln

Wir wollen eine attraktive und sichere Innenstadt. Wir treten kulturellen Monokulturen (z.B. Shisha-Bars, Spielhallen und Wettbüros) mit einer „Sonderwirtschaftszone Innenstadt“ entgegen. Vielfältige Geschäfts- und Gastronomiebereiche locken Bürger in die Innenstädte. Der Wirtschaftsstandort Innenstadt darf nicht durch grün-ideologisch motivierte Verkehrsmaßnahmen beschädigt werden. Eine attraktive Bielefelder Innenstadt braucht gut erreichbare Geschäfte.

4.9 Sicherstellung der lokalen Bargeldversorgung

Zahlreiche kommunale Sparkassen reduzieren die Anzahl ihrer Geschäftsstellen immer weiter. Der dadurch voranschreitenden Bargeldabschaffung treten wir entschieden entgegen. Die kommunalen Geldinstitute müssen verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld beizubehalten.

4.10 Keine Privatisierung städtischer Betriebe

Wir wenden uns gegen jede Privatisierung städtischer Betriebe und begrüßen ausdrücklich die Rekommunalisierung der Bielefelder Stadtwerke. Deren Tätigkeitsfelder der öffentlichen Daseinsvorsorge zählen für uns zu den Schlüsselaufgaben der Kommune. Die Stadtwerke und ihre Tochterunternehmen sollen auch künftig im Besitz des Bürgers bleiben. Das bedeutet allerdings auch: Wir wenden uns gegen exorbitante Gehälter für Geschäftsführer städtischer Betriebe. Diese sind nicht der Ort für die finanzielle Versorgung aktueller oder ehemaliger Bielefelder Kommunalpolitiker.

4.11 Sparen durch Effizienz

Die Verwaltung muss durch Bürokratieabbau entlastet und effizienter werden, unter anderem durch koordinierte Digitalisierung, Anwendung von KI und flexibleren Personaleinsatz. Wo Synergieeffekte möglich sind, sollten Kommunen diese durch Zusammenarbeit nutzen. Der Effizienz dienen auch regelmäßige und frühzeitige Überprüfungen des gesamten Verwaltungshandelns auf Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit. Digitale Angebote dürfen jedoch nicht zur Einschränkung von Öffnungszeiten und persönlichem Bürgerkontakt führen.

4.12 Kommunale Finanzpolitik mit Weitsicht, Bescheidenheit und Vernunft

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden. Fördermittel für Kommunen führen zwar manchmal zu sinnvollen kommunalen Investitionen, aber immer zu großem bürokratischen Aufwand. Die AfD steht für kommunale Selbstverwaltung samt angemessener finanzieller Ausstattung statt Fremdbestimmung durch Fördermittelvergabe. Luxusausstattungen sowie linksideologische Vorhaben wie „Gender Mainstreaming“ oder „Diversity Management“ sind Geldverschwendung und werden von uns grundsätzlich abgelehnt.

4.13 Investieren für ein lebenswertes Bielefeld

Zum Abbau der sichtbar wachsenden Investitionsrückstände muss der Anteil der Investitionsausgaben am Gesamtbudget der Stadt steigen, insbesondere für Attraktivität, Standortqualität und Verbesserung der Infrastruktur. Dazu müssen Investitionshemmnisse und komplizierte Vorgaben im Vergaberecht konsequent beseitigt werden.

4.14 Gewerbe- und Grundsteuern senken

Unter der Voraussetzung, dass die Haushaltslage der Stadt es zulässt, treten wir für Senkungen der Gewerbe- und der Grundsteuern ein, um Bürger und Unternehmen zu entlasten.

4.15 Hundesteuer sozial gestalten

Gerade in einer älter (und in Städten mitunter anonymer) werdenden Gesellschaft erfüllen Hunde eine wichtige soziale Funktion gegen Vereinsamung. Wir fordern daher die Steuerfreistellung des jeweils ersten Hundes von der Hundesteuer.

4.16 Bielefeld von den Kosten der Asylmigration entlasten

Kommunen dürfen vom Bund oder vom Land nicht mit Aufgaben belastet werden, ohne dass das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, zahlt“), gegen das im Rahmen der Flüchtlingspolitik massiv verstoßen wurde, gewahrt bleibt. Seit den Migrationswellen ab 2015 und den dadurch auf die Kommunen entfallenden Folgekosten sind viele Städte und Gemeinden mit der Finanzierung ihrer regelmäßigen Aufgaben erheblich überfordert. Die Zahlungen des Landes für Migrationsleistungen reichen bei weitem nicht zur Kostendeckung aus. Die Kommunen haben die Aufgabe, die Daseinsvorsorge für die Bürger sicherzustellen. Die Versorgung von Flüchtlingen gehört nicht zu den originären Aufgaben der Kommunen. Die AfD fordert deshalb eine vollständige Übernahme der in den Kommunen entstehenden Kosten der Migration durch Bund und Land.

5. Energie und Umwelt



Zur unverzichtbaren Infrastruktur einer Kommune gehört eine sichere Energieversorgung, die nicht schwankenden Einflüssen wie etwa dem Wetter unterworfen ist. Nur so können Blackouts, die auch für Bielefeld katastrophal wären, vermieden werden. Zugleich operiert die Energiepolitik stets im Spannungsfeld von Bedarfssicherung, bezahlbarer Energie und Umweltschutz. Letzterer kommt bei uns nicht zu kurz. Wir bekennen uns zum Schutz des Wassers und der Gewässer, der Luft und des Waldes sowie zum Lärmschutz als wesentlichen Zielen kommunaler Umweltpolitik.

Unsere Kernforderungen in diesen Feldern lauten:

5.1 Kein Ausbau von Windkraftanlagen

Strom aus Windenergie ist ein mangelhaftes Produkt, da es keine Versorgungssicherheit aufweist. Die Windkraftanlagen und der Aufbau von Stromautobahnen führen zu neuen Umweltbelastungen, für die es bisher keine Lösungen gibt. Der Ausbau der Windenergie ist für hohe Strompreise verantwortlich. Familien werden dadurch stark belastet. Zudem ist das Recycling der karbonverstärkten Rotorblätter bisher nicht möglich, so dass diese nicht wiederverwertet werden können und daher als Sondermüll anfallen. Mangels eines ausgereiften technischen Konzeptes und vor dem Hintergrund der Naturschädigung, die durch derartige Anlagen eintritt, lehnt die AfD den weiteren Zubau von Windkraftanlagen ab.

5.2 Ressourcen schonen bei energetischen Sanierungen

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren.

5.3 Umweltfreundliche und bezahlbare Energien

Wir wollen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die Nutzung und die Erforschung umweltfreundlicher Energieformen sollen vorangetrieben werden. Zur Sicherung der Grundlast wollen wir moderne Kohle- und Gaskraftwerke nutzen und fördern, bis umweltschonendere und kostengünstigere Energieformen bereitstehen.

5.4 Bäuerliche Familienbetriebe stärken

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind Versorger, aber sie gestalten und bewahren zugleich auch unsere Natur- und Kulturlandschaft. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen muss umweltverträglich sowie werterhaltend sein, denn es gilt, auch künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu sichern. Die AfD befürwortet eine Verpachtung der gemeindeeigenen Äcker und Wiesen an die ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe.

5.5 Für sauberes Wasser

Wasser ist in vielerlei Hinsicht der Grundstoff des Lebens und ist ein unverzichtbares, strikt zu schützendes Element des menschlichen Daseins. Wir fordern eine verstärkte quantitative wie qualitative Sicherung unseres Grund-, Trink- und Leitungswassers, gegebenenfalls durch Renaturierung.

5.6 Für das Primat des Artenschutzes

Wir wollen heimische Tier- und Pflanzenarten schützen. Es gilt das Primat des Artenschutzes vor der Ausbreitung von industriellem Gewerbe. Industrieansiedlungen sind zu vermeiden, wenn dies zur erheblichen Gefährdung heimischer Flora und Fauna führen würde.

5.7 Förderung nachhaltigen Landbaus

Wir befürworten städtische Fördermaßnahmen für ökologischen Landbau, auch zwecks Reinhaltung des Grundwassers. Ferner gilt: Der Schutz vor Überdüngung muss gewährleistet sein.

5.8 Schutz und Erhalt der Fließgewässer

Bielefelds Fließgewässer sind als „Adern unserer Kommune“ ein wichtiges Biotop und wesentlicher Teil unserer Stadt, der erheblich zu ihrer Attraktivität beiträgt und die Lebensqualität erhöht. Sie gilt es zu bewahren und zu schützen.

5.9 Wasser ist ein öffentliches Gut

Wir wenden uns gegen jede mögliche Form der Privatisierung der Wasserversorgung. Eine Vorrangstellung privater Akteure in diesem Bereich läuft dem Gemeinwohl zuwider. Wasser ist ein öffentliches Gut, das in staatlicher bzw. kommunaler Hand bleiben muss, um den jederzeitigen Zugang und die Qualität für alle Bürger sicherzustellen.

5.10 Für effizienten Lärmschutz

Lärm kann das psychische und physische Wohl von Menschen erheblich beeinträchtigen. Überflüssige Lärmquellen sind im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik daher in jedem Fall zu vermeiden. Wir fordern verstärkten Lärmschutz an Autobahnen, Straßen und Bahnstrecken.



5.11 Keine Naturzerstörung für neue Bahntrassen!

Pläne der Deutschen Bahn (DB), nach denen zugunsten von neuen Bahntrassen Naturschutz eingeschränkt werden soll, lehnen wir ab. Stattdessen muss die Stadt gemeinsam mit der DB alternative Lösungen fördern, wie etwa die Modernisierung bestehender Trassen oder modernere, umweltschonende Verkehrslösungen. Ziel aller Akteure sollte es sein, erst einmal die bestehenden Probleme der DB-Infrastruktur zu beheben und zu gewährleisten, dass die Züge überhaupt ankommen, anstatt für ein paar Minuten Beschleunigung ganze Naturschutzgebiete (wie etwa Großer Bruch am Wellbach) zu zerstören.

5.12 Ökologisches Lernen fördern

Wir wollen den Schulbauernhof Ummeln und die Waldjugendspiele fördern und letztere weiter professionalisieren. Der Tierpark Olderdissen als wesentliche Institution unserer Stadt soll naturnah erhalten bleiben und auch als Ort ökologischen Lernens gefördert und gepflegt werden. Der Eintritt zum Tierpark muss kostenlos bleiben



5.13 Örtliches Klima verbessern

Städte bilden durch die Versiegelung der Böden und die Bebauung Wärmeinseln. Durch Begrünung unserer Stadt soll diesem Effekt entgegengewirkt werden. Regenwasser soll möglichst aufgefangen und zur Bewässerung verwendet werden. Im Rahmen von Neugestaltung und Planung müssen ausreichend Grünflächen vorgesehen und für eine optimale, möglichst natürliche Bewässerung gesorgt werden.

5.14 Regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und entbürokratisieren

Immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die bewusste Stärkung heimischer Produzenten eine Rolle. Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die regionale Vermarktung stärken. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkten darf es nicht geben.

6. Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr



Die Mobilität ihrer Bürger zu gewährleisten, gehört mit zu den ersten Pflichten einer jeden Kommune. Doch wenn es um infrastrukturelle Fragen geht, hat unsere Stadt noch gewaltigen Nachholbedarf. Seien es unkluge Verkehrsplanungen, mobilitätseinschränkende und teils wirtschaftlich schädliche Baustellen oder ungeklärte Fragen der Stadtplanung – in diesen Dingen sind die Bielefelder „leidgeprüft“. Umso wichtiger ist es, Alternativen aufzuzeigen, die diesen Missständen dauerhaft entgegentreten – und dies, ohne dabei die Bürger unserer Stadt zu übergehen oder zu bevormunden.

In den Bereichen Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr treten wir für folgende Positionen ein:

6.1 Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung ernst nehmen

Die Bedürfnisse der Bürger und ihre berechtigten Anliegen gehören an die erste Stelle und sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit bei allen städtebaulichen Vorhaben frühzeitig in den Blick zu nehmen. Im Fall der Radwegeplanung auf der Kurt-Schumacher-Straße, des Büro-Turms an der Ecke Voltmannstraße / Kurt-Schumacher-Straße oder der Stadtteil-Verdichtung in Schildesche stand, wie so oft, die Zielorientierung zuvorderst. Proteste und Enttäuschung der Anwohner sind das Resultat einer bürgerfernen Stadtplanung, welche die Menschen nicht ausreichend gehört hat. Politik muss den Menschen dienen und nicht grün-ideologischen Vorgaben. Wir unterstützen die Transformation mit ihren positiven Aspekten, ohne jedoch die Bedarfsorientierung einer grün-ideologischen Zielorientierung unterzuordnen.

6.2 Für mehr direkte Demokratie in der Stadtgestaltung

Besonders umfassende und tiefgreifende Maßnahmen der Stadtgestaltung müssen aus unserer Sicht immer direkt-demokratisch, also durch Bürgerentscheide legitimiert werden und dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen. In den Stadtbezirken sind regelmäßige Bürgerversammlungen zu etwaigen Veränderungs- und Verbesserungswünschen hinsichtlich der Stadtgestaltung und Stadtentwicklung vor Ort abzuhalten. Bürgerinitiativen, die sich gegen Baumaßnahmen welcher Art auch immer wenden, sind von der Kommunalpolitik ernst zu nehmen und dürfen in ihren Anliegen nicht ignoriert werden.

6.3 Stadtentwicklungspolitik ist immer auch Sicherheitspolitik

Die sich immer weiter ausbreitenden Angsträume wie Kesselbrink, „Tüte“, Boulevard, Hauptbahnhof, Ostmanturmviertel und Treppenstraße dürfen nicht weiter zu Kriminalitätsschwerpunkten und Drogenumschlagsplätzen verkommen bzw. dies nicht bleiben. Dem wollen wir entgegenwirken und verweisen hier auf unsere Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit in Kapitel 2 dieses Wahlprogramms.

6.4 Für ein kinderfreundliches Bielefeld

Bielefeld muss eine Stadt sein, die gerade auch für Familien attraktiv und lebenswert ist. Kinderfreundlichkeit darf in der Stadtplanung und in der Bielefelder Infrastruktur- und Verkehrspolitik kein Fremdwort sein. Grünzüge und Parkanlagen sollten besser gepflegt und weiter ausgebaut werden. Mittelfristig sollten größere Busse angeschafft werden – gerade auch mit Blick auf den darin vorhandenen Platz für Kinderwagen; ebenso wie für Rollatoren und Rollstuhlfahrer. Entsprechende Neuanschaffungen ließen sich etwa mit dem Umstieg auf ein geräusch- und emissionsarmes E-Bus-System verbinden.

6.5 Freizeitangebote erhalten und ausbauen

Wir setzen uns für die Bewahrung, die Pflege und den Ausbau von Freizeitangeboten, gerade auch von Hallen- und Freibädern, ein. Diese sind, mit Blick auf die Gesundheit älterer Menschen ebenso wie auch als Elemente eines jugend- und kinderfreundlichen Bielefelds, unverzichtbare Bestandteile einer städtischen Infrastruktur.

6.6 Barrierefreiheit gewährleisten

Maßnahmen der Stadtgestaltung müssen die Erfordernisse der Barrierefreiheit und der Behindertengerechtigkeit hinreichend berücksichtigen. Wir erwarten die vollumfängliche Beteiligung des Behindertenbeirates an der Stadtgestaltung, um dies sicherzustellen. Barrierefreie Zugänge zum öffentlichen Nahverkehr sind weiterhin auszubauen.

6.7 ÖPNV-Tarife vereinfachen, Fahrpreise senken

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Viele Berufspendler, aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer des ÖPNV fordern wir eine Reduzierung und Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen und eine spürbare Senkung der Fahrpreise.

6.8 Wir wollen die Innenstadt wieder attraktiver machen

Uns ist die Bedeutung einer attraktiven Innenstadt bewusst. Wir stehen den lokalen Einzelhändlern zur Seite und wollen die Angebotsvielfalt erhöhen und auf finanzielle Entlastung von Gastronomie und Einzelhandel hinwirken, etwa in Form von steuerlichen Anreizen und mit Blick auf Mietpreise. Die Innenstadt soll – ebenso wie auch die Nebenzentren – für neue Geschäfte attraktiver werden. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche WCs in der Innenstadt ein.

6.9 Verbesserungen im Radverkehr

Wir wollen ein fahrradfreundlicheres und auch für Radfahrer sicheres Bielefeld. Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver und sicherer zu machen, werden wir Maßnahmen wie den Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen und den Ausbau und die Instandhaltung des Fahrradwegesetzes unterstützen. Die Schaffung überdimensionierter Fahrradschnellwege in ohnehin schon schmalen Straßen lehnen wir ab.

6.10 Baustellenmanagement auf Bielefelder Straßen verbessern

Das Baustellenmanagement im Stadtgebiet gehört auf den Prüfstand. Alle Jahre wieder werden mit Beginn der Sommerferien fast gleichzeitig diverse Baustellen mit der Folge eingerichtet, dass stets erhebliche Behinderungen im Straßenverkehr entstehen, jedoch nur an wenigen Baustellen gearbeitet wird. Wir fordern ein effektiveres Baustellenmanagement, mehr Transparenz und eine bessere Informationspolitik der zuständigen Stellen.

6.11 Stauvermeidende Verkehrsführung mit bedarfsgeschalteten Ampelregelungen

Um einen zügigen und effizienten Verkehrsfluss zu gewährleisten, braucht es vor allem eine stau- und stillstandsvermeidende Verkehrsführung. Wir befürworten daher bedarfsgeschaltete, KI-gestützte Ampelregelungen. Unnötige Ampeln sollen nachts und zu verkehrsarmen Zeiten abgeschaltet werden. Diese Maßnahmen sparen außerdem Kraftstoff und vermindern den Schadstoffausstoß. Sogenannte „grüne Wellen“ bei Ampelschaltungen sollen dort, wo es möglich ist, umgesetzt werden.

6.12 Für eine intelligente, zukunftsorientierte und digitale Verkehrsplanung

Wir fordern etwas, was bislang in unserer Stadt alles andere als selbstverständlich ist: Eine intelligente, zukunftsorientierte und digitale Verkehrsplanung – inklusive Monitoring und Evaluation der Auswirkungen der bisherigen Einzelmaßnahmen und des Fahrverhaltens. Nötig ist ein sorgfältiger Interessenausgleich zwischen Einzelhandel, Verkehrsteilnehmern und den Erfordernissen des Stadtbilds. Das bisher vollständig vernachlässigte Park-and-Ride-System muss durch großzügige und kostengünstige Parkmöglichkeiten an den Endstationen der Stadtbahn ausgebaut werden, um die Attraktivität Bielefelds als Einkaufsstadt zu steigern. All dies setzt je doch einen grundlegenden Neustart in der Verkehrsplanung seitens der Stadtverwaltung voraus, der nur mit der AfD zu verwirklichen ist.

6.13 Keine Dieselfahrverbote

Für zugelassene Kraftfahrzeuge muss es Bestandschutz geben. Wir sind gegen eine Zwangsenteignung von Autobesitzern. Ein Rechtsstaat muss seinen Bürgern Vertrauensschutz garantieren. Dieselfahrverbote für einzelne Straßen sind ökologisch unsinnig, weil sie zumeist eine weitere Um- fahrung und damit eine insgesamt höhere Umweltbelastung zur Folge haben.

6.14 Leih-E-Scooter verbieten

Leih-E-Scooter dominieren mittlerweile (nicht nur) in Bielefeld das Stadtbild. Auffällig ist jedoch, dass Sicherheitserwägungen dabei bisher zu kurz kommen: Helme tragen die Nutzer selten, das Verletzungsrisiko bei Unfällen ist hoch, die Fahrweise zuweilen übermütig. Geparkt wird nicht selten so, dass Bürgersteige ganz oder teilweise blockiert werden. Deswegen fordern wir ein generelles Verbot von Leih-E-Scootern.

6.15 Architektonische Rücksichtnahme

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir setzen uns dabei für maximal dreigeschossige Gebäude ein und wollen damit eine architektonische Rücksichtnahme auf den umliegenden Baustil gewährleisten. Einwanderung in die Sozialsysteme gefährdet die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wohnraum.

6.16 Vision: Eine Seilbahn für Bielefeld

Bielefeld als Großstadt im Teutoburger Wald hat das Potenzial zur Touristenstadt: Wir setzen uns dafür ein, den Bau einer Seilbahn zu prüfen, die Johannisberg und Sparrenburg (alternativ: Kunsthalle und Sparrenburg) miteinander verbindet und uns, ähnlich der Schwebebahn in Wuppertal, eine Touristenattraktion schafft.

6.17 Eine Zufahrtsstraße, die diesen Namen auch verdient

Die Herforder Straße ist eine wichtige Lebensader unserer Stadt und darf nicht durch die willkürlich gesetzten Standards einer Fahrradstraße durch die Innenstadt rückgebaut werden. Sie muss belastbar bleiben und vierspurig den Besucher- und Pendlerverkehr in die Stadt hinein und aus ihr heraus leiten. Die geplante Anbindung der Herforder Straße an die L712N ist weiter zu verfolgen, damit Bielefeld als lebendige Stadt gut erreichbar bleibt. Mit Blick auf den zukünftigen Bildungscampus und die zu erwartenden Schülerzahlen ist für eine ausreichende Kapazität der Stadtbahn und des Bahnsteigs im Bereich des Campus zu sorgen. Der ÖPNV muss gestärkt werden. Die sichere Erreichbarkeit des Campus ist für Radfahrer durch ein angemessenes Radwegenetz über die Nebenstraßen zu ermöglichen.



6.18 Experiment „Altstadt.raum“ beenden

Die AfD setzt sich für eine lebenswerte, gut erreichbare und begrünte Altstadt ein. Insbesondere kleine Gewerbetreibende und Anwohner sind durch das realitätsferne Verkehrskonzept „Altstadt.raum“ benachteiligt. Dass der Autoverkehr ausschließlich durch die Notpfortenstraße zu- und abfließen soll, lehnen wir ebenso ab wie das geplante Tempo 20. Das Konzept „Altstadt.raum“ entlarvt sich hier als unausgewogenes, grünes Ideologiekonzept. Wir fordern die Rückkehr zu einer pragmatischen, kostenbewussten Stadtentwicklung, welche die Interessen der gesamten Bevölkerung berücksichtigt und die Verkehrssituation der Altstadt nicht in einen Dauerstau verwandelt.



6.19 Smart City Bielefeld – Die Zukunft gemeinsam gestalten

Die AfD fordert die zügige Transformation Bielefelds zur Smart City, um den Herausforderungen der Urbanisierung zu begegnen. Digitale Technologien und eine leistungsstarke Infrastruktur sollen die Lebensqualität unserer Bürger steigern. Aktive Bürgerbeteiligung: Digitale Plattformen integrieren Meinungen in Entscheidungen und fördern Transparenz. Eine offene Dateninfrastruktur unterstützt innovative Lösungen und verbessert öffentliche Sicherheit wie auch Verkehrsplanung. Dabei muss der Datenschutz gewahrt und einer rein kommerziellen Abschöpfung sensibler Daten entgegengewirkt werden. Nachhaltigkeit im Fokus: Intelligente Mobilitätslösungen und energieeffiziente Gebäude sollen den Energieverbrauch reduzieren. Technologien wie Wettermessstationen und intelligente Mülleimer optimieren Stadtplanung und Abfallbewirtschaftung. Die AfD setzt sich aktiv für die Smart City ein, um Bielefeld zu einem lebenswerten und nachhaltigen Ort zu machen.

6.20 ÖPNV ausbauen, Zuverlässigkeit verbessern

Wir sehen den öffentlichen Personennahverkehr positiv und befürworten dessen Ausbau (u.a. die Verlängerung der Linie 3 nach Jöllenbeck und die der Linie 2 nach Hillegossen). Insbesondere die Stadtbahn hat sich bisher als gut ausgestattetes ÖPNV-System erwiesen, gerade auch im Vergleich zu anderen Städten. In den letzten Jahren ließen jedoch die Zuverlässigkeit und die Informationspolitik manchmal zu wünschen übrig. Das Angebot der im Grundsatz richtigen, aber ausbaufähigen MoBiel-App darf nicht zu einem Unterlassen von Durchsagen und frühzeitigen öffentlichen Ankündigungen etwaiger Fahtausfälle, defekter Fahrstühle usw. führen. Fahrgäste müssen sich rechtzeitig auf mögliche Probleme einstellen können.

7. Schule, Kultur und Sport



Schule war von jeher ein Spiegelbild der Gesellschaft. Schlecht vorbereitete Bildungsreformen wie die Durchsetzung der schulischen Inklusion haben Lehrkräfte erheblich gefordert und mit der seit 2015 andauernden illegalen Masseneinwanderung von Schülern aus sprachfremden Kulturen schlussendlich überfordert. Interkulturelle und oft gewalttätige Auseinandersetzungen unter den Schülern prägen den Schulalltag an vielen Brennpunktschulen. Hohe Krankenstände in der Lehrerschaft, Teilzeit und die Flucht in den Vorruhestand als direkte Folge dieses alltäglichen Wahnsinns sind ursächlich für den dramatischen Lehrermangel an unseren Schulen. Was bleibt?

Eine katastrophale Bildungsbilanz bei aktuellen Lernstandserhebungen am Beispiel Berlin: Nahezu jeder zweite junge Schulabgänger erfüllt nach der neunten Klasse nur die Mindestanforderungen im Lesen, Schreiben und Rechnen! NRW liegt mit Berlin und Bremen auf den letzten Plätzen im Ländervergleich.

Wir fordern:

Die Abkehr von realitätsfernen, linksideologisch begründeten Konzepten und die Rückkehr zu Lerngruppen, die zielgleich und leistungsorientiert unterrichtet werden können. Wir stehen für eine konservative Bildungspolitik: Die Bewahrung bzw. Wiederherstellung des klassischen dreigliedrigen Schulsystems, der Erhalt der Förderschulen und die Bekämpfung von Gewaltbereitschaft in den Schulen sind unsere Kernforderungen, die sich auch in der kommunalpolitischen Praxis niederschlagen.

Eng verbunden mit dem Thema Bildung ist die Kulturpolitik, die für uns eine sehr wichtige ideelle Komponente hat: Kultur ist für uns das Fundament unserer nationalen, regionalen und lokalen Identität. Eine reichhaltige Kulturlandschaft bzw. ein entsprechendes kulturelles Angebot macht Bielefeld für Bürger und auch Zugezogene attraktiver und ist daher

zu fördern.

Zu einem reichhaltigen kulturellen Leben und zu umfassender Bildung gehört auch der Sport: Wir wollen den Sport in unserer Stadt fördern, weil er sowohl für die Gesundheit als auch für das soziale Lernen eine essenzielle Grundlage bildet. Sport ist die größte Bürgerbewegung – er fördert den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl sowie die Integration und stärkt dadurch unsere Gesellschaft. Für die AfD sind die Förderung und der Ausbau des Breiten-, des Behinderten- und des Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport.

7.1 Dreigliedriges Schulsystem erhalten

Wir stehen für das klassische dreigliedrige Schulsystem mit Gymnasium, Realschule und Hauptschule. Es darf keine Benachteiligungen von klassischen Schulformen geben. Unausgeglichene Schulexperimente lehnen wir ab. Nur ein gegliedertes Schulsystem garantiert allen Schülern mit oder ohne Förderbedarf optimale Bildungschancen. Deshalb müssen angemessene finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Die Realschule als bei Eltern und Schülern beliebte und erfolgreiche Schulform muss gestärkt und ihr Ausbau durch Anpassung an die Nachfrage und durch Bereitstellung von Fördermitteln forciert werden. Das Abitur muss in unserem Lande wieder etwas wert werden. Wir wenden uns gegen Abitur-Inflation und die Entwertung des Gymnasiums durch andere Schulformen mit Oberstufenangebot. Das Leistungsprinzip muss wieder gelten!

7.2 Förderschulen erhalten

Die unrealistischen Vorstellungen der sogenannten schulischen Inklusion (die eigentlich langfristig auf Exklusion hinausläuft) und des sogenannten gemeinsamen Lernens lehnen wir ab. Wir wollen Förderschulen erhalten. Nur so kann den Bedürfnissen aller Schüler mit und ohne Förderbedarf am besten entsprochen werden. Fehlende individuelle Förderung im Schulwesen schadet Schülern mit und ohne Behinderung gleichermaßen und überlastet das Lehrpersonal.

7.3 Schulgebäude nicht verwahrlosen lassen

Wir wollen eine bessere Bestandsaufnahme zum Zustand von Schulgebäuden, um hier gegebenenfalls frühzeitige Sanierungsmaßnahmen einleiten zu können. Unsere Schüler sollen in einem sicheren und ordentlichen Umfeld lernen können.

7.4 Keine weitere Privatisierung des Schulsystems

Eine weitere Privatisierung des Schulsystems, wie sie infolge der linken Pläne hin zur Einheitsschule unweigerlich einträte, da die Eliten ihre Kinder fortan auf Privatschulen schicken würden, lehnen wir ab. Wir wollen das staatliche Schulsystem erhalten und seine Qualität wiederherstellen.

7.5 Qualität des Regelunterrichts sicherherstellen

Die Folgen der Grenzöffnung ab 2015 in Verbindung mit dem „Gemeinsamen Lernen“ haben dazu geführt, dass die Qualität des Regelunterrichts nicht mehr gesichert ist. Schulische Standards müssen wieder eingehalten werden. Vom Steuerzahler bezahlte Bereitstellung muttersprachlichen Unterrichts für Migranten in Schulen lehnen wir ab. Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Das hat der sogenannte Distanzunterricht während der Coronamaßnahmen gezeigt. Für den Grundschulbereich lehnen wir die Digitalisierung ab.

7.6 Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft entgegenreten

Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft an unseren Schulen erschweren zunehmend einen ordnungsgemäßen Unterricht. Lehrer und betriebliche Ausbilder beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite und religiös bedingte Konflikte. Vielfältige soziale Probleme und unregelmäßige Migration verschärfen diese Entwicklung. Die Schulen müssen wieder in die Lage versetzt werden, durch angemessene Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen dieser Entwicklung entgegenzutreten.

7.7 Offener Ganztag ja, verpflichtender Ganztag nein

Wir als AfD stehen dafür, dass das Familienleben wieder einen höheren Stellenwert bekommt. Viele Eltern sind zu zweit berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. Offene Ganztagschulen mit einem guten Konzept und mit qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung sein. Ein solches Angebot darf jedoch niemals für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein. Primäre Sozialisationsinstanz für Kinder ist und bleibt die Familie. Es gilt auch hier das Konnexitätsprinzip. Das heißt: Wenn das Land die Ganztagschule will, muss sie sie auch ausreichend finanzieren – und darf die entsprechenden Lasten nicht auf die Kommunen abladen.

7.8 Wohnortnahe Grundschulen erhalten

Wir befürworten den Erhalt wohnortnaher Grundschulen und lehnen die Schließungen sogenannter „Zwergschulen“, wie sie in den vergangenen Jahren seitens der Stadt Bielefeld praktiziert wurde, ab. Wir wollen einen möglichst geschützten und gut erreichbaren Raum des Lernens für unsere Grundschüler erhalten und bewahren. Kurze Beine, kurze Wege!

7.9 Schulen nicht alleine lassen

Schulen dürfen von Behörden, von Staat und Kommune nicht unter dem Etikett der „selbstständigen Schule“ allein gelassen werden. Der Staat hat gegenüber Schulen eine Aufsichtsfunktion. Diese wiederum müssen sich auf die sie tragenden öffentlichen Institutionen verlassen können.

7.10 Kooperationen und Weiterbildung fördern

Wir wollen Kooperationen zwischen Schulen und Berufsschulen sowie zwischen Schulen und Betrieben fördern und erleichtern, um die Schüler bei ihrer Berufsfindung zu unterstützen. Auch eine Kommune kann auf diesem Wege mit dazu beitragen, Schülern berufliche Orientierung zu bieten. Weiterbildungsmaßnahmen müssen auch kommunal unterstützt werden, solange eine Zweckentfremdung von Geldern – etwa in Form dubioser linksideologischer Projekte – ausgeschlossen wird. Auch Besuche von wichtigen außerschulischen Lernorten wie Sportstätten und Freibädern gilt es besser zu fördern.

7.11 Wissenschaftlich fundiertes Arbeiten von Anfang an

Die Auswüchse linker Gender-Ideologie mit der Verneinung biologischer Fakten sind ein Irrweg. Die Existenz zweier Geschlechter bleibt mit Mann und Frau eine Realität, die nicht nur in naturwissenschaftlichen Fächern, sondern auch im Deutschunterricht wieder abgebildet werden muss! LGBTQ-Lobbyisten haben in unseren zur Neutralität verpflichteten Schulen nichts zu suchen: Keine Gender-Sternchen und sprachlich falschen Wortschöpfungen, keine Trans- und queer-orientierten Lerninhalte, keine linke Indoktrination! Wir setzen uns dafür ein, die Frühsexualisierung an Kindertagesstätten und Schulen zu beenden, um eine altersgerechte, respektvolle und fachlich angemessene Bildungsumgebung zu schaffen, welche die persönlichen Grenzen und die Entwicklung der Schüler schützt.

Wir fordern: Naturwissenschaftlich fundierte Lerninhalte und ihre politisch neutrale Aufbereitung im Unterricht; die Vermittlung des im Duden festgeschriebenen korrekten Sprachgebrauchs und die Rückkehr zu der Anerkennung des generischen Maskulinums als eindeutige und geschlechtsübergreifende Ausdrucksweise.

7.12 Keine Privatisierungen im Kulturbereich

Privatisierungen der Kulturlandschaft lehnen wir ab: Was künstlerisch wertvoll ist, ist nicht immer das, was am meisten Gewinn bringt. Die Kommune muss zuweilen auch für kulturelle Angebote eintreten, die sich nicht „auf dem Markt rentieren“. Qualität ist nicht immer massenkompatibel.

7.13 Erhalt und Pflege von Gedenkstätten und Kriegsgräbern

Die AfD in Bielefeld setzt sich für den dauerhaften Erhalt und die regelmäßige Pflege der Gedenkstätten und Ehrenmäler, der Kriegsgräberstätten und des Soldatenfriedhofes ein. Wir fordern daher eine dauerhafte Pflege durch den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld. Sie sind Mahnmale für kommende Generationen und dürfen weder vernachlässigt noch dem Vergessen preisgegeben werden. Die Pflege dieser Stätten ist Ausdruck des Respekts vor der Geschichte und unseren Ahnen, die ihr Leben ließen – ob auf dem Schlachtfeld, durch Verfolgung, durch Vertreibung oder durch Bombardierung.

7.14 Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur, der Brauchtumspflege und der lokalen Traditionen

Das regionale Brauchtum hat oft über Jahrhunderte unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur und jene, die sie pflegen, stellen einen unschätzbaren Wert für die Identifikation mit unserer Stadt und unserer Region dar. Diese Werte will die AfD bewahren und fördern, damit wir sie an künftige Generationen weitergeben können. Deutschland muss als deutsche Kulturnation erhalten bleiben!

7.15 Regionale Baukultur zum architektonischen und städtebaulichen Leitbild machen

Wir sehen die zunehmende Verödung durch gestalterische Planlosigkeit oder monotone Zweckarchitektur mit Sorge. Deshalb wollen wir die Auseinandersetzung mit regionaler Baukultur als Leitbild für Architektur und Städtebau fördern. In öffentlich ausgeschrieben Bauwettbewerben sollen Kriterien für regional-identitätsstiftenden Städtebau nach Maßgabe des Leitbildes erarbeitet und entsprechende Initiativen bestärkt werden. Links-ideologisch motivierte Umbenennungen von Straßen und Plätzen oder die Beseitigung von Denkmälern, die der herrschenden Gesinnungsethik scheinbar entgegenstehen, lehnen wir ab.

7.16 Erhalt und Ausbau öffentlicher Büchereien als Stätten der Bildung fördern

Öffentliche Büchereien sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte der Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeit- gemäßen Angebot präsentieren. Ein gut gestalteter Online-Katalog und ein Online-Versand sowie die Kooperation mit Schulen erschließt ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt.

7.17 Förderung der Volkshochschule

Wir wollen die Volkshochschule (VHS) als Einrichtung der kulturellen Bildung fördern und auch hier mehr Kooperationen mit den Schulen ermöglichen. Die VHS darf jedoch nicht für politische Zwecke und Indoktrination missbraucht werden. Auch hier gilt das Neutralitätsgebot. Dortige Weiterbildungsmaßnahmen für Migranten sind zudem einer besseren staatlichen und kommunalen (Qualitäts-)Kontrolle zu unterziehen.

7.18 Förderung der Musikschule

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an der Musikschule ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang offensteht.

7.19 Förderung der Museen-Landschaft und der Kunsthalle

Die Museen in unserer Stadt sowie die Kunsthalle sind wesentliche Einrichtungen der Vermittlung kulturellen Lebens, kultureller Identität und kultureller Geschichte. Auch sie gilt es zu erhalten und zu fördern. Kooperationen mit Schulen sind von städtischer Seite aus zu unterstützen.

7.20 Nachwuchs-Kulturschaffende unterstützen

Die Jugendkultur darf im Rahmen kommunalpolitischer Erwägungen nicht zu kurz kommen. Wir wollen Nachwuchs-Kulturschaffende unterstützen (beispielsweise in Form der Bereitstellung von Proberäumen für junge Bands und vielem mehr). Auch wollen wir Konzerte und Festivals in Bielefeld ermöglichen und fördern. Dies darf jedoch nicht zu einseitiger Politisierung (wie z. B. in Form von Konzerten „gegen rechts“) genutzt werden.



7.21 Sparrenburg schützen und pflegen

Die Sparrenburg ist das Wahrzeichen unserer Stadt. Sie und ihr historisches Erbe gilt es zu pflegen und zu bewahren.

7.22 Sichere und gute Schwimmbäder

Es braucht effektive Ordnungsmaßnahmen zur Wiederherstellung eines sicheren, sauberen und bezahlbaren Badebetriebs. Wir wollen die Kapazitäten der Bielefelder Schwimmbäder erhöhen und hier gegebenenfalls Sanierungsmaßnahmen in die Wege leiten. Ganzkörperverhüllung in Schwimmbädern entspricht nicht der deutschen Leitkultur und den Anforderungen der Hygiene.



7.23 Alle Schüler müssen bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen lernen

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen oder gar religiösen Gründen gestrichen werden. Regelmäßiger Schwimmunterricht muss für alle Kinder fester Bestandteil des Grundschulsports sein. Sportpädagogisches Ziel muss es sein, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen können.

7.24 Sportangebote auch im Rahmen der Kinderbetreuung

Wir befürworten Sportangebote auch in Einrichtungen der Kinderbetreuung, um die Kinder schon frühzeitig mit sportlicher Betätigung vertraut zu machen. Damit legen wir die Grundlagen für ein gesundes Leben und fördern soziale Kompetenzen.



7.25 Ausbau von Sportstätten vorantreiben

Wir wollen den Ausbau von Sportstätten in Bielefeld vorantreiben. Gebühren für Sportstättennutzung setzen ein falsches Signal – wir lehnen sie daher grundsätzlich ab.

7.26 Sportvereine unterstützen, Ehrenamt stärken

Wir wollen Sportvereine auch kommunal unterstützen und die Kooperation der Stadt mit Sportvereinen und Sportbetrieben verbessern. Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbarer Wert für unsere Gesellschaft. Daher fordert die AfD eine höhere Wertschätzung und bessere Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit.

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch das Bewusstsein für herrschende Integrationsprobleme und Missstände im Mannschaftssport und insbesondere im Fußball stärken und fordern die Durchsetzung von Recht und Ordnung auch in diesen Bereichen.

Der Sport darf nicht länger im Visier linker Gender-Ideologen bleiben. Im Sportbereich muss das biologische Geschlecht gelten.

7.27 Mehr Sportveranstaltungen in Bielefeld

Sportveranstaltungen stärken die gemeinsame kommunale Identität. Wir wollen mehr Sportveranstaltungen in Bielefeld ermöglichen (wie z. B. einen Stadtmarathon). Erfolgreiche regelmäßige Veranstaltungen wie etwa den „Run & Roll Day“ gilt es fortzuführen.

7.28 Wertschätzung für den Profisport

Wir wissen um die positive und konstruktive Funktion auch des Profisports für unsere Stadtgesellschaft, die sich in Arbeitsplätzen sowie Fan- und Vereinskultur zeigt und unsere Stadt auch überregional bekannter macht.



Vi.S.d.P.: Dr. Florian Sander c/o AfD Kreisverband Bielefeld, Gladbecker Str. 5, 40472 Düsseldorf